

Zeitschrift: Der neue schweizerische Republikaner

Herausgeber: Escher; Usteri

Band: 3 (1800-1801)

Rubrik: Gesetzgebender Rath

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der neue Schweizerische Republikaner.

Herausgegeben von Escher und Usteri.

Montag, den 19 Jan. 1801.

Drittes Quartal.

Den 29 Nivose IX.

Gesetzgebender Rath, 23. Dec.

(Fortsetzung.)

(Beschluß des Gutachtens der Unterrichtscommission,
betreffend die Verhältnisse der Filial Rapperswyl
zu Lippischwyl.)

Wir führen die Erwägungen deswegen an, weil wir
später nachhin, einige wichtige Bemerkungen gegen die-
selbe, Ihnen B. G., vorlegen müssen.

e. Am 21. Jenner 1800 bestätigte der Vollziehungs-
Ausschuss diesen obigen Beschlusses vom 14. August 1798,
mit einigen Modifikationen.

f. Am 28. Jenner darauf aber nahm der Vollz. Aus-
schuß diesen Beschluss zurück, und bestätigte hingegen
jenen Beschluss des Vollz. Direktoriums vom 14. July
1798, Kraft welchem die Pfarrer von Wigoldingen und
Lippischwyl, abwechselnd Rapperswyl versehen müssen.

Am 17. März 1800 erschien ein Dekret vom gesetzg.
Corps, durch welches dieser Beschluss vom 28. Jenner
aufgehoben, und dagegen die vom Vollz. Direktorium
am 14. Aug. und 1. Sept. 1798 genommene Beschlüsse
bestätigt, und dabei die nämliche Erwägungsgründe an-
geführt wurden, welche dem Beschluss vom 1. Sept. 98,
oben sub lit. d. beigefügt sind.

h. Am 1. Heum. 1800 schritt der große Rath auf die
Gegenvorstellungen der Gemeinde Wigoldingen zur Ta-
gesordnung, und lud die vollziehende Gewalt ein, daß
Dekret vom 17. März 1800 zu exequieren.

Nicht ohne Befremden werden Sie mit uns aus
dieser kurzen historischen Darstellung wahrnehmen, daß
dieser Gegenstand nun bald dritthalb Jahre, durch erlassene
und wieder abgeänderte Beschlüsse und Dekrete, meistens
auf einseitige Vorstellungen hin, unentschieden liegen
blieb. Eine nähere Entwicklung der diesen Beschlüssen
vorangestellten Erwägungsgründen, wird Sie B. G.

in den Stand setzen, die Sache aus dem wahren Ge-
sichtspunkt zu betrachten.

Am 8. Brachm. 1798, trug das Direktorium in einer
Botschaft vom 2ten desselben Monats den gesetzgebenden
Räthen vor, über das Begehr der Thurgauischen Ge-
meinden Lippischwyl und Waldy abzusprechen, welche
das Collaturrecht, so das Stift St. Johann von Con-
stanz vorhin besaß, bei der neuen Ordnung der Dinge,
ausüben zu können, foderten. Der große Rath beschloß
am 8. Juni, die Untersuchung dieses Gegenstandes zu
vertagen, bis das Gesetz über Klöster, Abteien, und
Stiftungen gemacht seyn werde. Aber indessen fand das
Direktorium gut, 4 Tage früher schon, nemlich am 4ten
Juni, diesen Gemeinden in ihrem Begehr zu entspre-
chen, und ihnen provisorisch das Collaturrecht der Pfarr-
ten Lippischwyl zu übertragen. Einen weiteren Beschluss
über diese Sache fanden wir bis auf jenen vom 17. März
1800, in den Archiven der Gesetzgebung nicht; auch ließen
wir deswegen in den Archiven der Vollziehung nachsehen,
wo sich aber kein weiteres Dekret — wohl aber jener obige
Direktorial-Beschluß vom 4. Juni 1798 — vordand.

Sie sehen also B. G., daß der erste Erwägungsgrund
des Dir. Beschlusses vom 1. Sept. 1798, und des De-
krets vom 17. März 1800, so schwach und unbefriedigend
er auch beim ersten Anblick auffällt, auf einer irri-
gen Voransetzung beruht.

Eben so wird der zweite Erwägungsgrund derselben
durch ein von der Gemeind Wigoldingen eingelegtes amts-
liches Zeugnis des domkapitelschen Herrn Rath und
Oberpfleger Zephis von Constanz, vom 8. Aug. 1800,
ausgestellt, widerlegt, wodurch bewiesen wird, daß die
Gemeinde Rapperswyl an den Unterhalt des Pfarr-
gebäudes zu Wigoldingen, nichts beigetragen habe.

Es ergiebt sich mithin, daß das Decret sowohl, als
die Direktorial-Beschlüsse, auf zwei irrite Thatsachen

gegründet wurden, und daher zurückgenommen werden müssen. Nun bleibt uns übrig zu untersuchen, ob nicht andere Gründe dagegen sprechen, daß die Verrichtungen des Gottesdienstes zu Rapperschwyl einzig dem Pfarrer in Wigoldingen übertragen werden sollen, wobei wir zugleich den oben sub Lit. d. angeführten Erwägungsgrund beantworten werden. Es ist eigentlich den Gemeinden Lippeschwyl und Wädly darum zu thun, daß der Pfarrer von Lippeschwyl nur die Pfarrrey Lippeschwyl und die Filial Wädly alle Sonn- und Feiertage versehe, welches letzteres, wenn er zugleich Rapperschwyl versiehen muß, nur alle 14 Tag geschehen kann: da das Vollz. Directoriu am 4. Juni 1798, diesen Gemeinden das Collaturrecht provisorisch übertrug, wozu dasselbe ohne Einwilligung des gesetzgebenden Corps, indessen nicht berechtigt war, so dehnten diese Gemeinden dieses Recht auch dahin aus, daß sie dem neu erwählten Pfarrer Bedingungen vorschrieben, die mit den durch kein neues Gesetz oder Verordnung noch aufgehobenen Verträgen und Verfügungen, im Widerspruch standen, indem sie dem Pfarrer von Lippeschwyl verboten, den Gottesdienst in Rapperschwyl zu versehen, wozu er indessen durch vorhandene, von den competitirenden Behörden erlassene Verfügungen von 1680, 1693, 1723, 1733 und 1744, förmlich verpflichtet ist. Wädly wollte bey diesem Anlaß seinen schon mehrmal abgewiesenen Wunsch geltend machen, er, wenn er je in Erfüllung gebracht werden soll, auf keinem andern, als gültlichen Weg erzielt werden kann. Es wurden zwar gütliche Versuche deswegen gemacht, aber sie blieben fruchtlos; und was das sonderbarste ist, so nahm Wädly dabei nie einen Anteil, dem doch einzig durch eine solche begehrte Abänderung, ein wesentlicher Vortheil zugehen würde, indem dasselbe dadurch alle Sonntage Gottesdienst in seiner Kirche erhalten würde, da dieses jetzt nur alle 14 Tage geschieht, und Rapperschwyl in jedem Fall alle Sonntage Gottesdienst hält, es mag derselbe nach bestehender Uebung durch die beiden Pfarrer von Lippeschwyl und Wigoldingen abwechselnd, oder nach dem neuen Vorschlag, allein durch letztern versehen werden. Lokalität spricht gar nicht für diese Abänderung, da Wädly nur etwa eine halbe Stunde von Lippeschwyl entfernt ist, und eine getriebene Landstrasse dahin führt.

Auf der andern Seite beweiset eben dieser Umstand, nebst einer mehr als 100jährigen Uebung, daß die Filial Wädly alle andere Sonntage, ohne Nachtheil der Pfarrrey Lippeschwyl, von dem dortigen Pfarrer versehen werden kann; und wenn die Einwohner von Wädly alle

andere Sonntage eine halbe Stund weit in die Kirche zu gehen haben, so sind sie gerade in dem neulichen Fall, in welchem sich wohl die meisten Pfarrangehörigen in Helvetien befinden dürften. Aus diesen Gründen tragt Ihnen B. G., die Unterrichtscommission an, den von dem Vollz. Rath Ihnen unterm 29. Okt. 1800 vorgebrachten Dekretsvorschlag im folgendem Beschlus zum Dekret zu erheben:

Der gesetzgebende Rath —

Auf die Botschaft des Vollz. Raths vom 29. Weinmonat letzthin, und nach angehörttem Bericht der Commission des öffentlichen Unterrichts;

In Erwägung, daß in der Filialgemeinde Rapperschwyl, zufolge mehrerer von den betreffenden Behörden ergangenen Beschlüssen, und nach bisher beobachteter Uebung, der gewöhnliche Gottesdienst von dem Pfarrer von Lippeschwyl alle zweyten Sonntage gegen herkömmliche Gebühren, abgehalten werden müste;

In Erwägung, daß die Kirchgemeinde Lippeschwyl durch die provisorisch erhaltene Erlaubnis, sich ihren Pfarrer selbst zu wählen, kein Recht erhielt, dem gewählten Bedingungen vorzuschreiben; daß hiemit die von derselben ihrem Pfarrer willkürlich auferlegte Verpflichtung, keinen Gottesdienst in Rapperschwyl zu halten, an sich nichtig ist;

In Erwägung, daß aus Mangel hinlänglicher Information, sowohl mehrere Beschlüsse der vollziehenden Gewalt, als Dekrete der Gesetzgebung erlassen wurden, die bey näherer Beleuchtung der wahren Beschaffenheit dieses Gegenstandes, nicht statt haben können —

verordnet:

1. Es sind alle sowohl von dem gesetzg. Corps, erlassnen Decrete, als die von der vollz. Gewalt gemachten Beschlüsse, betreffend die von den Pfarrern zu Wigoldingen und Lippeschwyl in der Filialgemeinde Rapperschwyl zu verrichtende pfärrliche Verrichtungen, in so weit durch solche Decrete und Beschlüsse die durch ehemalige Verordnungen eingeführte und beachtete Uebung, abgeändert wurde, mithin die von der vollziehenden Gewalt gefasste Beschlüsse vom 14. August und 1. Herbstmonat 1798, sammt jenem vom 21. Jenner 1800, dann die von der gesetzgebenden Gewalt am 17. Merz und 1. Heum. 1800 erlassene Decrete zurückgenommen, und der Pfarrer von Lippeschwyl gehalten, in der Filial Rapperschwyl, wie seine Vorfahren, jeden zweyten Sonntag den Gottesdienst abwechselnd mit dem Pfarrer von Wigoldingen zu halten.

2. Diese Rücknahme hat keinen Bezug auf den Direct. Beschlüsse vom 24. Feum. 1798, welcher der Gemeinde Nappeschwyl einen eigenen Todtenacker bewilligt, welche Verfügung hiemit gutgeheißen und bestätigt wird.

Das Gutachten der Unterrichtscommission über die Vereinigung der Höfe Hergis und Schwiebogen mit der Pfarrkirche von Seelisberg, wird in Berathung und hernach angenommen. (S. dasselbe S. 953.)

Das Gutachten der Polizeycommision über die Ertheilung des helvetischen Bürgerrechts an Fremde, wird in Berathung und hernach angenommen. (S. dasselbe S. 955.)

Der Antrag eines Mitglieds über den Bezug der Grundsteuer in den beyden italienischen Cantonen, wird in Berathung genommen (S. denselben S. 957) und an die Finanzcommision zu näherer Erbaurung gewiesen.

Die Finanzcommision räth zu folgender Botschaft an den Vollz. Rath, welche angenommen wird:

B. Vollz. Räthe! Die Gemeinde Chatellard im Canton Leman bittet um die Erlaubniß ihre Gemeindsgüter vertheilen zu dürfen. In ihrer Petition hat zwar diese Gemeinde sich in etwas über die Art eingelassen, wie diese Theilung geschehen sollte, aber nur ganz oben hin und auf keine genügende Weise. Auch die Grösse und die Natur ihrer Gemeindsgüter ist nicht hinreichend angezeigt, so daß es wirklich an allen Datis fehlt, um einen auf Sachkenntniß gegründeten Beschlusß nehmen zu können.

Der gesetzl. Rath findet daher nöthig, nach Anleitung des Gesetzes vom 15. dieß, mehrere Auskunft über diesen Gegenstand einzehlen zu lassen und will Sie demnach einladen, ihm über nachstehende Fragen Bericht und Antwort zu ertheilen:

1) Worin bestehen alle und jede Gemeindsgüter, Liegenschaften und Güten der Gemeinde Chatellard, und welches ist der Werth derselben?

2) Hat hingegen diese Gemeinde etwan Schulden, die davon abzuziehen sind, und wie hoch belaufen sich diese?

3) Wie will sie die Theilung vornehmen? Wie lautet der dahergeige, der Sanction des gesetzgebenden Rathes vorzulegende Entwurf?

4) Wie stark ist die Zahl der Antheilhaber dieser Gemeindsgüter, unter welche sie zu vertheilen wären? wie groß würde das Loos eines jeden?

5) Ist dieses Theilungsvorhaben und das vorzulegende Projekt der einmuthige Wunsch aller Antheilhaber?

oder wie verhält sich die Zahl der Einwilligenden, zu der Zahl derjenigen, welche keine Theilung wollen? und welches sind die Oppositionsgründe dieser letztern?

Bey dem allem aber versteht sich von selbst, daß nach dem angeführten Gesetze vom 15. dieß, es keineswegs der Fall seyn kann, daß die Gemeindewaldungen getheilt werden; ein Umstand, worauf bey dem allfälligen Theilungsprojekt vorzüglich Rücksicht zu nehmen seyn wird.

Folgende Botschaft wird verlesen und an die Finanzcommision gewiesen:

B. G. Der Vollz. Rath hat die Ehre, Ihnen auf Ihre Botschaft v. 1. d., in welcher Sie ihn einladen, über die künftige Competenz der Verwaltungskammern und deren Verhältnisse gegen die Minister, einige Auskunft zu ertheilen, bevor Sie in die Berathung des Ihnen gemachten Gesetzesvorschlags vom 3. Nov., die Einführung eines bessern Rechnungswesens erzielend, eintreten wollen, folgende Erläuterungen mitzutheilen.

Der Vollz. Rath sieht die Sache unter einem sehr wichtigen Gesichtspunkt an, indem es ganz von der Entscheidung, die Sie B. G. nehmen werden, abhängt, ob die Comptabilität auf ihre wahren Grundsätze zurückgeführt und überhaupt eine feste Ordnung in das Rechnungswesen gebracht werden könne; ohne welche ein richtiger Ueberblick des Ganzen, niemals möglich seyn kann. Mit dem Verhältnisse der Verwaltungskammern, ihrer Lage und ihrer Geschäftsführung bestens bekannt, hat der Vollz. Rath Ihnen nichts anzutragen, daß irgend eine nachtheilige Folge auf den Gang der öffentlichen Arbeiten haben könnte; sein Gesetzesvorschlag ist nichts anders als das abgeskürzte Gesetz vom 26. Jenner, mit der vorläufig erklärten Absicht, genau auf desselben Vollziehung zu halten, wenn er durch den Beyfall des gesetzgebenden Rathes, wie zu hoffen ist, zum wirklichen Gesetz erhoben werden sollte.

Sie pflichten dem Grundsatz bey, daß die Verwaltungskammern über keine Gelder mehr verfügen sollen, als über diejenigen, die ihnen die verschiedenen Ministerien anweisen werden, um den Bedürfnissen jeden Departements zu begegnen; Sie befürchten aber, daß die Verwaltungskammern dadurch in eine unangenehm allzu abhängige Lage versetzt und bei Kleinigkeiten sogar in Verlegenheit kommen werden.

(Die Fortsetzung folgt.)